



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 894 890

P/XIV/215 - 23. September 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	USA einverstanden mit Vertrag Moskau-Pankow? Zu einer Erklärung Herters	49
2 - 4	Die neue Staatslegende Von Dr. Adolf Arndt, MdB	134
5 - 6	Macmillan oder Gaitskell Der britische Wahlkampf hat begonnen	86
7 - 8	Baukonjunktur - gilt nicht für Niedersachsen Bund gewährte 1959 noch keine Mittel für SBZ-Flüchtlinge	69

\* \* \*  
\* \* \*

USA einverstanden mit Vertrag Moskau - Pankow?

sp - Eine große westdeutsche Zeitung ließ sich von ihrem Korrespondenten aus den USA berichten, Außenminister Herter habe erklärt:

"Die USA hätten keine Einwände gegen einen Vertrag Moskaus mit der Zone, wenn dieser die westlichen Rechte in Berlin ausdrücklich anerkennt".

Kurz vorher - so berichtet der Korrespondent ebenfalls - habe Herter gesagt, "eine Gipfelkonferenz unter einer Drohung gegen Berlin oder in der Deutschland-Frage sei sinnlos, und ein separater Friedensvertrag mit der Zone, der die westlichen Rechte in Berlin beseitigen sollte, müsse als eine solche Drohung betrachtet werden".

Diese letzte Bemerkung Herters entspricht dem bisher bekannten offiziellen Standpunkt der Westmächte zur Deutschland- und Berlin-Frage. Die Bemerkung, die USA hätten keine Einwände gegen einen Vertrag Moskaus mit der Zone, wenn dieser die westlichen Rechte in Berlin ausdrücklich anerkennt, ist dagegen ein Novum.

Wenn Außenminister Herter dies tatsächlich gesagt haben sollte, dann würde damit die von Moskau in den letzten Monaten immer stärker in den Vordergrund gestellte Zwei-Staaten-Theorie auch von der offiziellen amerikanischen Politik übernommen werden. Ein separater Vertrag Moskaus mit der Zone - selbstverständlich bei Aufrechterhaltung der westlichen Rechte in Berlin - würde die Zweiteilung Deutschlands besiegeln und die Insel-Situation Berlins sanktionieren.

Es erhebt sich zunächst die Frage, ob Außenminister Herter tatsächlich diese Äußerungen getan hat. Das State-Department und die US-Botschaft in der Bundesrepublik sollten so schnell wie möglich die deutsche Öffentlichkeit darüber unterrichten.

Aber schon früher haben westliche Staatsmänner, und zwar durchweg Freunde Dr. Adenauers und Vertreter Kleineuropas, diese "Lösung" des Deutschland-Problems propagiert. Auf Widerstände sind sie bei der Bundesregierung nicht gestoßen. Wenn dagegen die deutsche Sozialdemokratie zur Abwehr einer den Graben zwischen Ost und West vertiefenden Politik Übergangslösungen zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas (Deutschlandplan der SPD!) vorschlug, wurde sie beschimpft.

Nach den Äußerungen Herters - immer vorausgesetzt, daß der amerikanische Außenminister tatsächlich die Möglichkeit eines separaten Vertrages zwischen Moskau und der Zone angekündigt hat - muß beinahe befürchtet werden, daß der Mangel an deutscher Initiative in den Fragen der Wiedervereinigungspolitik zu einer Situation geführt hat, die praktisch der Aufgabe von 17 Millionen Deutschen jenseits des Eisernen Vorhanges gleichkommen würde.

Wir sind nicht der Meinung, daß Herter die Deutschland-Frage auf diese Weise zu lösen gedenkt. Wir können uns aber durchaus vorstellen, daß in der westlichen Welt in zunehmendem Maße eine Stimmung Platz greift, die schon vor längerer Zeit ein westlicher Diplomat einmal wie folgt charakterisierte: "Wir können für die Wiedervereinigung Deutschlands nicht mehr tun, als die Deutschen selbst zu tun bereit sind".

### Die neue Staatslegende

Von Dr. Adolf Arndt, MdB

In diesem September vollenden sich zehn Jahre, seit die vom Bonner Grundgesetz eingesetzten Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland Wirklichkeit wurden und ihre Tätigkeit aufnahmen. Ein Jahrzehnt ist verstrichen, seit sich durch das Werk des Parlamentarischen Rates - wie es der Bundestagspräsident in der 80. Plenarsitzung am 15. September 1959 richtig formulierte - "eine neue Ordnung des Übergangs für das staatliche Zusammenleben der Deutschen gebildet hat."

Gefährlich und verfehlt sind jedoch die Versuche, diese neue Ordnung im staatlichen Zusammenleben der Deutschen als den Beginn und die "Gründung" eines neuen Staates auszugeben. Gewiss wird ein Staat durch seine Verfassung gekennzeichnet. Aber es ist nicht die Verfassung, die den Staat macht, sondern es ist das mit seinem Staat verbundene Volk, das sich seine Verfassung gibt. Der Parlamentarische Rat hat aus politisch und rechtlich wohlerwogenen Gründen immer wieder betont, dass es keinesfalls seine Aufgabe sein dürfe, einen neuen Staat zu "gründen", d.h. einen bisher nicht vorhandenen Staat neu zu "konstituieren", sondern dass er dem Ziel diene, einen bereits existenten und fortbestehenden Staat für einen Teilbereich zu "reorganisieren". Es handelte sich also, wie Heuss in seiner Abschiedsrede sagte, um eine neue "Hausordnung".

Der Parlamentarische Rat ging davon aus, dass der im Jahre 1867 gegründete deutsche Staat weder völkerrechtlich noch staatsrechtlich durch die militärische Kapitulation der Wehrmacht untergegangen sei. Mit dieser Überzeugung, die besonders in der Präambel sowie in den Artikeln 23 und 146 des Grundgesetzes zum Ausdruck kommt, befand sich der Parlamentarische Rat in Übereinstimmung mit der weit überwiegenden Meinung der Staats- und Völkerrechtslehre im In- und Auslande. Die nach 1945 geführte Erörterung, ob Deutschland als Staat überhaupt noch bestehe, war im Jahre 1948 - also vor der Verabschiedung des Grundgesetzes - abgeschlossen und im positiven Sinne entschieden. Wenn von einem Provisorium die Rede war und ist, so bezog und bezieht sich dies nicht auf den deutschen Staat, als ob er selber nur etwas Vorläufiges sei, sondern auf seine Ordnung.

Ebenfalls galt und gilt das Wort vom "Fragment" keineswegs dem Staate Deutschland, sondern der Tatsache, dass die neue Ordnung nur für einen Teil des Staates, seines Volkes und Gebietes, möglich war. Nicht der im Jahre 1867 gegründete Staat Deutschland ist provisorisch, sondern nach seinen eigenen Worten im Artikel 146 das Bonner Grundgesetz, bis "eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen

Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist." Nicht der - alle deutschen Staatsangehörigen in West und Ost umfassende - Staat Deutschland ist ein "Staatsfragment", sondern Westdeutschland als Staatsteil ist nur ein Teilstück dieses nach wie vor einheitlichen, wenn auch noch in seiner Gesamtheit handlungsfähigen Staates.

Im Gegensatz zum Parlamentarischen Rat und den demokratischen Kräften in Deutschland versuchten die Kommunisten von vornherein, dem Werk des Parlamentarischen Rates eine andere Deutung zu geben. Sie behaupteten, der Parlamentarische Rat schaffe einen "separaten Weststaat." Als 1949 Max Reimann im Wirtschaftsrat äusserte, in Bonn werde derzeit ein neuer Staat "gegründet", wurde er wegen Ungebühr für einige Tage von den Sitzungen ausgeschlossen.

Wie aber sieht es zehn Jahre später aus? Was 1949 eine kommunistische Sprachregelung war, wird heute fast allgemein nachgeredet - von den meisten sicherlich nur gedankenlos. Da spricht Dr. Adenauer (Bulletin vom 8. September 1959) unter der falschen Überschrift "Zehn Jahre Bundesrepublik Deutschland" von der "Staatenlosigkeit" (!), die nach seiner Darstellung dem Bonner Grundgesetz vorausgegangen sein soll, ehe "vor zehn Jahren, im September 1949, die Bundesrepublik Deutschland in Erscheinung trat." In seiner Rundfunkansprache vom 20. September 1949 wird von der Eidesleistung der ersten Bundesregierung ausgeführt: "Damit begann das staatliche Leben der Bundesrepublik Deutschland", und das Jahr 1949 wird als das Jahr bezeichnet, "in dem die Bundesrepublik ihr Leben begann." Im Bulletin vom 19. September 1959 heisst es, dass mit Adenauers Regierungserklärung vom 20. September 1949 "die Gründung der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen" gewesen sei und "der neue Staat" seinen Lebenslauf begonnen habe.

Hier wird also nicht mehr davon gesprochen, dass der alte Staat eine neue "Hausordnung" bekommen hat, wie Heuss es nannte, oder dass der Staat - worüber wir uns dankbar einig sind - in Form und Geist erneuert wurde und teilweise seine Handlungsfähigkeit wiedergewann, sondern es wird die Legende einer Staatsgründung gesponnen, des Neuentstehens eines zuvor nicht vorhanden gewesenen Staates.

Das deckt sich genau mit der kommunistischen Sprachregelung. Die Behauptung, der Parlamentarische Rat hätte den deutschen Staat im Jahre 1949 durch die Neugründung eines Weststaates oder Teilstaates ersetzt, ist ein Hauptargument der kommunistischen Doktrin von der angeblichen Zweistaatlichkeit Deutschlands, das jetzt in die zwei Teilstaaten Bundesrepublik und DDR zerfalle. Der Umstand, dass es als eine leider sehr beachtliche Tatsache gegenwärtig zwei Regierungen im deutschen Staate gibt, eine legitime (die Bundesregierung) und eine demokratisch nicht legitimierte (die Regierung

der sogenannten DDR) wird von den Kommunisten in die völker- und staatsrechtliche Existenz oder "Realität" zweier deutscher Teilstaaten umgefälscht.

Folgen wir den Kommunisten in dieser Doktrin durch die neue Staatslegende, dass es vor dem September 1949 überhaupt keine Staatlichkeit in Deutschland mehr gegeben hätte, sowie dass die Bundesrepublik damals als ein neuer Staat "gegründet" sei und nunmehr auf ihr zehnjähriges "Bestehen" zurückblicken könne, so sind die politischen Auswirkungen unabsehbar und verhängnisvoll. Denn die Kommunisten haben ihre Behauptung von der "Gründung" eines Weststaates und ihre Doktrin von der Zweistaatlichkeit Deutschlands ja nicht erfunden, um die Rechtswissenschaft zu bereichern, sondern um damit politische Effekte zu erzielen und das Staatsbewusstsein zu beeinflussen. Dieses Staatsbewusstsein aller deutschen Staatsbürger, noch immer einen gemeinsamen, nämlich den 1867 gegründeten Staat Deutschland zu besitzen, wird sowohl durch die neue Staatslegende zerstört als auch durch so gedankenlose Formulierungen wie die von den "Bundesbürgern" zerbröckelt oder tagtäglich durch das verantwortungslose Geschwätz im Rundfunk ausgehöhlt, die Zonenflüchtlinge täten "um politisches Asyl", - als ob man innerhalb des eigenen Staates und gegenüber denselben Staatsbürgern um "Asyl" bitten könnte und es nicht die elementarste Voraussetzung eines "Asyls" wäre, als blosser Gast in einen fremden Staat zu kommen, dem man nicht selber als Staatsbürger angehört!

Wäre Deutschland nicht der 1867 gegründete Staat, der 1945 nicht unterging, und wäre die gegen die Absicht des Parlamentarischen Rates so unglücklich als "Bundesrepublik" bezeichnete provisorische Organisation nicht lediglich ein Staats-Teil des fortbestehenden einen Staates Deutschland, sondern wäre die Bundesrepublik - entsprechend der neuen Staatslegende - eine neue Staatsgründung, eine Teilstaat-Gründung oder eine "Kernstaat"-Gründung, so hätten Berlin und Mitteldeutschland, ganz zu schweigen von den Ostgebieten, niemals dazu gehört. Welcher Grund bestände dann noch, mit diesem 1949 neugegründeten Staat in einem Friedensvertrage über Menschen zu verhandeln, die niemals "Bundesbürger" waren, und über Gebiete zu sprechen, die niemals "Bundesgebiet" gewesen wären?

Die neue Staatslegende, dass es zwischen 1945 und 1949 keine Staatlichkeit in Deutschland gegeben hätte, steht mit den Geschichtstatsachen im Widerspruch, z.B. mit den Verfassungen der Länder, die deutsche Bundesländer sein und bleiben wollten, sowie mit der Wahrnehmung deutscher (Bundes-)Staatsgewalt eben durch diese Länder oder durch Organisationen wie den Zonenbeirat, den süddeutschen Länderrat oder die Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (Wirtschaftsrat) in Frankfurt. Die neue Staatslegende ist geeignet, das gemeinsame Staatsbewusstsein der deutschen Staatsbürger, durch das der 1867 gegründete Staat Deutschland trotz aller Regime-Wechsel und trotz der aufgezwungenen politischen Spaltung noch immer völkerrechtliche Existenz und Effektivität besitzt, auszulöschen. Wer soll dafür sorgen, dass die Wiedervereinigung nach den Worten des Grundgesetzes "vollendet" wird, wenn wir selber sie durch die neue Staatslegende und das Geschwätz vom erst zehnjährigen Bestehen unseres Staates preisgeben?

Macmillan oder Gaitskell

B.A., London

Die britische Labour-Party sieht sich im Wahlkampf, der soeben offiziell begonnen hat, vor eine schwere Aufgabe gestellt. In der Wählergunst liegen die Konservativen, wie alle bisherigen Meinungsbefragungen ergeben haben, mit einer Führung von über fünf Punkten voran. Das ist zwar nicht nur auf den schönen Sommer und auf besondere Glücksfälle in Politik und Konjunktur zurückzuführen. Seit etwa sechs Monaten wurde die Volksmeinung "gekauft". Das Institut der Direktoren, die Eisen- und Stahlindustriellen, die Firmen im Straßentransport, und als Meinungsbefragungen getarnte, von Industriellen finanzierte Anti-Labour-Feldzüge haben sie umworben und dafür nach Angaben des Parteisekretärs Phillips rund drei Millionen Pfund - rund 35 Millionen DM - ausgegeben. Eine derartige konzentrierte Bearbeitung der öffentlichen Meinung konnte nicht ohne Wirkung bleiben. Labour konnte nicht mit gleichen Mitteln antworten. Das Ergebnis der vorbereitenden Stimmungsmache zeigt sich in der Popularität des Premierministers, der als "Wunder-Mac" gepriesen wurde, und in der Annahme, daß man nur für ihn zu stimmen braucht, damit das Barometer in Politik und Wirtschaft weiter auf "gut" stehen wird.

Labour ist aber bereits schon einmal mit einem gleichen Handicap in Unterhauswahlen eingestiegen, nämlich im Jahre 1950 nach fünf Jahren Atlee-Regierung. Auch damals hatte ein von Hochfinanz und Industrie finanzierter Reklamefeldzug die Volksmeinung erheblich beeinflusst. Als die Wahlen ausgeschrieben wurden, lagen die Konservativen mit elf Prozent voran im Rennen. Drei Wochen erbitterter Wahlkampf genügte, um das Blatt zu wenden. Labour erhielt insgesamt über eine Million Stimmen mehr als die Tories und kehrte, wenn auch mit einer stark zusammengeschrumpften Mehrheit als Sieger in das Parlament zurück. Es handelt sich also jetzt durchaus nicht um eine schon im Vorhinein verlorene Schlacht, allerdings um einen Kampf, der nur bei Zusammenfassen aller Energien gewonnen werden kann.

Der Kampf wird auf zwei Schlachtfeldern ausgetragen werden müssen. Innenpolitisch müssen die Sozialisten das Bild der Tory-Prosperität korrigieren, außenpolitisch aber die Fata Morgana zerstören, die Macmillan als den einzigen Mann vorzaubert, der Großbritannien bei den bevorstehenden Gipfelbesprechungen vertreten und eine Ära der Entspannung herbeiführen könne.

Die Konservativen brüsten sich damit, daß dank ihrer Bemühungen die Spaltung der britischen Nation in Besitzende und Habenichtse überwunden worden sei und die gesamte Bevölkerung in gleicher Weise an der Tory-Prosperität teilhaben kann. Ihre Politik zielt darauf ab, diesen paradiesischen Zustand zu erhalten und nur hier und da kleine Korrekturen zur Abhilfe öffentlicher Mißstände zu machen. Darin besteht der konservative Fünf-Jahresplan, welcher in ihrem Wahlmanifest für die nächsten fünf Jahre unter einer Tory-Regierung versprochen wird.

Dieses mit Reklame geschaffene Trugbild gilt es zu zerstören, wenn Labour siegen will. Die Kontraste zwischen Reichtum und Armut sind heute schärfer als vor acht Jahren, als die Konservativen unter Churchill die Regierung übernommen hatten.

Der in den Jahren 1945 bis 1951 von der Atlee-Regierung geschaffene Wohlfahrtsstaat wurde zwar nicht beseitigt, aber eingefroren und nicht weiter entwickelt, während Finanziers und Industriellen freie Hand gegeben wurde, sich zu bereichern. Das konservative Schlagwort "Ihr habt es niemals so gut zuvor gehabt" trifft auf diese Kreise zu, nicht aber auf die 400.000 Erwerbslosen, die Millionen von Altersrentnern und Witwen mit Kindern, noch auf die unteren Lohnklassen der Arbeitnehmer. Ihnen kann nur geholfen werden, wenn der Wohlfahrtsstaat resolut weiter ausgebaut wird, wie Labour das auf seine Fahne geschrieben hat.

Das zweite Trugbild ist das eines Macmillan, der von der Welt als Vermittler zwischen Ost und West geschätzt und deshalb der gegebene Vertreter Großbritanniens bei kommenden internationalen Verhandlungen sei. Die Konservativen und ihr Führer Macmillan haben in den Tagen von Suez bewiesen, daß sie das internationale Recht mit Füßen treten, wenn es ihren Interessen zuwiderläuft, und es nur respektieren, wenn es ihnen zugute kommt.

Die "Macmillan-Initiative" mit seiner Fahrt nach Moskau hat der britische Premierminister kleinlich aufgegeben, als er mit seinem Vorschlag einer mitteleuropäischen Zone mit Rüstungsbeschränkungen und Kontrollen die Verachtung Dr. Adenauers und eine Kühle Abweisung bei de Gaulle und Präsident Eisenhower hervorrief.

Schließlich aber hat die konservative Politik in Zypern, Kenya und Nyassaland keineswegs das Vertrauen der farbigen Völker in Afrika und Asien gewinnend verstärkt, wie das in der in Weiße und Farbige aufgespaltenen Welt notwendig wäre, damit eine gemeinsame Zukunft in Freundschaft aufgebaut werden könnte.

In allen diesen Fragen aber war Labour konsequent, und das geringe Entgegenkommen, was Macmillan in seiner Politik zeigen mußte, erfolgte nur, um nicht gänzlich ins Hintertreffen zu geraten.

Es wird nicht leicht sein, den Glorienschein der Tory-Prospérité und des "Wunder-Mac" zu zerstören, aber drei Wochen intensivsten Wahlkampfes könnten es fertig bringen. Am 8. Oktober wird man feststellen können, ob es gelungen ist.



Baukonjunktur - gilt nicht für Niedersachsen

E.P., Hannover

Der niedersächsische Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Erich Schellhaus, widersprach der Bonner Behauptung, die westdeutsche Baukonjunktur sei überhitzt. Für Niedersachsen treffe das auf keinen Fall zu.

Die niedersächsische Landesregierung will durchschnittlich im Jahr 50 000 Wohneinheiten, davon 30 000 im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues erstellen. Das von dem Strom der SBZ-Flüchtlinge mit am stärksten betroffene Land der Bundesrepublik hat die Wohnungsnot noch lange nicht überwunden, obwohl es in erster Linie eine meist von sozialdemokratischer Politik bestimmte Landesregierung war, die systematisch den Wohnungsbau forcierte. Sie schenkte bisher dem Eigenheimbau grösste Unterstützung, was auch so bleiben wird. Entscheidend dabei aber wird auch vor allem die Mittelzuweisung des Bundes im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues sein. Gerade in Niedersachsen erwartet man entschieden, dass der soziale Wohnungsbau nicht eingeschränkt wird.

Niedersachsen hat aber auch noch nicht das Barackenelend, in das die Vertriebenen nach 1945 kamen, überwunden. Das Land war vom Flüchtlingsstrom nach dem Kriege am stärksten betroffen. In der südniedersächsischen Grosstadt Salzgitter zum Beispiel, musste der Vertriebenenminister Schellhaus nach einer Bereisung anerkennen, dass hier noch immer rund 24 000 Menschen von insgesamt 107 000 Einwohner auf eine menschenwürdige Wohnung warten, ja, dass ihr Wunsch, baldmöglichst menschenwürdig untergebracht zu werden und Baracken und Elendsquartiere verlassen zu können, berechtigt sei. Das trifft auch für andere niedersächsische Gemeinden zu.

Die Kommunen sind einfach nicht in der Lage, die heute noch so kompakt vorhandenen Nachfolgelasten des Krieges allein zu tragen. Es ist aus dieser Tatsache aber auch die Quintessenz zu ziehen, dass die Bundesregierung das Wohnungsbauproblem noch nicht gelöst hat. Zahlenbelege des Bundeswohnungsbauministers sind zwar nicht zu übersehen, doch im Wohnungsbau kommt es immer auf das echte Verhältnis der erstellten Wohneinheiten zu den noch unbefriedigten Wohnungswünschen an. In diesem Zusammenhang ist auch immer wieder vor der angestrebten Mietsfreiheit zu warnen, wenn man nicht das schon vorhandene Dilemma (das durch zu teure Wohnungsmieten zu verzeichnen ist) nicht in katastrophalen Aus-



massen enden lassen will.

Denn in dieser niedersächsischen Stadt Salzgitter wie auch in anderen westdeutschen Städten ist die wohl "zeitgerechte", aber sozial unwürdige Kuriosität zu verzeichnen, dass sich Zeitungsannoncen mit Angeboten über den freien Kapitalmarkt finanzierter Wohnungen wiederholen und selbst dann noch solche Wohnungen leerstehen (weil die Mieter zu hoch sind), während nicht weit davon entfernt in Barackenlagern Vertriebene oft seit 1945 hinter Holzwänden ihr "familienungerechtes" Dasein fristen. Es bleibt hierbei ferner das Problem der Unterbringung von Flüchtlingen aus der SBZ. Die den Kommunen zukommenden Mittelzuweisungen für den SBZ-Wohnungsbau können noch nicht festgelegt werden, weil das Land Niedersachsen bisher keine Zuteilungen für die 1959 aus der SBZ Zugewanderten vom Bund bekommen hat.

Es ist dabei zu erinnern, dass der Bund anscheinend von der sogenannten "Kanzlerlösung" abgehen wollte, um statt dessen eine für die Betroffenen und die Länder ungünstigere Finanzierung zu wählen. Die Länder aber können erst Zusagen über Mittelzuweisungen abgeben, wenn sich der Bund endgültig in dieser Frage entschieden hat. Erst dann werden sich die Beträge feststellen lassen, mit denen die Kommunen zu rechnen haben werden. Zwar hat in Niedersachsen der Strom der SBZ-Flüchtlinge wesentlich abgenommen (monatsdurchschnittlich etwa die Hälfte des Vorjahres), doch mit der allgemeinen sozialen und der speziellen Wohnungsnotlage der SBZ-Flüchtlinge haben die Kommunen auch Übergangsweise fertig zu werden.

Die Bundesregierung sollte darum beschleunigt dem Wunsche der Länder Rechnung tragen und die Mittelzuweisungen für den SBZ-Wohnungsbau flüssiger gewähren. Die Bundesregierung soll nicht unter allgemeinen finanzpolitischen Aspekten die Baukonjunktur betrachten (und daraus dermassen überkitzte Folgerungen ziehen), sondern muss sich endlich bemühen, den sozialen Wohnungsbau hinsichtlich seiner Bindungen aufzulockern. Diesen Bindungen, die die Erstellung von neuen Wohnungen nach menschlichen Voraussetzungen oft zur Theorie stempeln, will die niedersächsische Landesregierung ebenfalls zu Leibe rücken, indem sie eine praxisnahe Auflockerung herbeizuführen versucht.

----- + + + -----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel